

§ 112 SGB IX und § 35a SGB VIII Schulassistenz in Form des fallabhängigen Poolmodells

Das Jugendamt sucht:

Interessierte Leistungsanbieter, für die Wahrnehmung der Schulassistenz/ Schulbegleitung in Form des fallabhängigen Poolmodells. Folgende Schulen kommen in Betracht:

Name der Schule	Anzahl Fälle SGB VIII ¹	Anzahl Fälle SGB IX ¹	Beauftragte Leistungsanbieter Stand Juni 2024
"Robinienschule" – Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung		12	Meta e.V. Wegen uns e.V. Hygge-Betreuung GmbH
Brücke-Schule, Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung		9	Team Soziale Hilfen Soziale Dienste Muldentale gGmbH Meta e.V. BSW Muldentale Lebenshilfe Grimma e.V.
Grund- und Oberschule Kitzscher	12	1	Hygge Betreuung GmbH Borna myschoolcare GmbH EBG gGmbH Leipzig Meta e. V. Logopädische Praxis Brit Menzel Lebenshilfe Grimma e. V.
Schule mit Förderschwerpunkt Lernen Borna	4	9	Lebenshilfe Grimma myschoolcare GmbH Vitera Solutions GmbH Leipzig VoSo Borna e.V. EBG gGmbH Leipzig
Brücke-Schule, Schule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung		9	Team Soziale Hilfen Soziale Dienste Muldentale gGmbH Meta e.V. BSW Muldentale Lebenshilfe Grimma e.V.

Was ist einzureichen beim Jugendamt?

1. Kooperationskonzept

An den betreffenden Schulen sind mehrere Leistungsanbieter tätig. Ziel ist es, dass es mit dem Pooling nur noch einen Ansprechpartner für die Schulbegleitung an der Schule gibt. Der Leistungsanbieter stellt konzeptionell dar, wie er sich den Weg dorthin vorstellt. Denkbar sind:

¹ Dies umfasst: laufende Fälle, Suche Schulbegleiter, Fälle in Bearbeitung

- *eine Kooperationsvereinbarung mit allen aktuellen Leistungsanbietern an der Schule.* Entsprechend sind in dieser Phase Vorabsprachen mit den anderen Leistungsanbietern erlaubt und gewünscht. Die Kooperationsvereinbarung mit einer Absichtserklärung aller Leistungsanbieter wäre im Entwurf einzureichen.

und/ oder

- die Bündelung der Hilfen auf einem bzw. weniger Leistungsanbietern. Ggf. gestattet es die Form der Hilfe, dass diese unproblematisch auf einen anderen Leistungsanbieter übergehen kann (z.B. insbesondere bei Assistenzen im Bereich SGB IX).

Die Bereitschaftserklärung zur Abgabe einzelner Hilfen sollten dem Kooperationskonzept beigelegt werden. Das Jugendamt wird diese dann hinsichtlich der Umsetzbarkeit prüfen und dem abgebenden Leistungsanbieter entsprechende Ersatz-/ Folgehilfen zuweisen. **Achtung: Eine Kontaktaufnahme mit den Hilfeempfängern hat noch nicht zu erfolgen!**

2. Darstellung des Weges zur Umstellung auf das Pooling

Die nachfolgend angefügte Leistungs-, Qualitäts- und Finanzierungsvereinbarung stellt sehr genau dar, wie sich das Jugendamt die Umsetzung des Poolings vorstellt. Daher erübrigt sich vom Grunde her eine eigene Konzeption/ Leistungsbeschreibung.

Wichtig ist dem Jugendamt jedoch eine Darstellung des Wegs zur Umstellung der Einzelschulbegleitungen auf das Pooling.

3. Kooperationsbedarfe mit der jeweiligen Schule

Der Leistungsanbieter sollte Punkte benennen, die er gern für die Zusammenarbeit mit der jeweiligen Schule geregelt haben möchte. Diese werden sodann in der Kooperationsvereinbarung mit der Schule münden. **Eine Kontaktaufnahme mit der Schule hat jedoch noch nicht zu erfolgen!** Diese wird im weiteren Verfahren durch das Jugendamt veranlasst.

4. Kalkulation

Sofern Sie Interesse an der Abgabe eines Angebots haben, können Sie die Kalkulationsgrundlagen bei katja.winkler@lk-l.de abfordern.

An wen ist das Angebot zu richten?

Per E-Mail an: ja-jhp@lk-l.de

Betreff (**wichtig**): Ausschreibung zu § 112 SGB IX und § 35a SGB VIII auf der Homepage

**Finanzierungsvereinbarung
gemäß § 77 SGB VIII**

**Der Landkreis Leipzig
Stauffenbergstraße 4
04552 Borna**

nachfolgend
Jugendamt

vertreten durch

**den Landrat Herrn Graichen,
vertreten durch Jugendamtsleiterin Frau Rödl,
vertreten durch Bereichsleitung Haushalt und
Steuerung Frau Winkler**

und

xxx

nachfolgend
Leistungserbringer

vertreten durch

xxx

schließen in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips folgende
Finanzierungsvereinbarung über die

**Zusammenarbeit im Leistungsbereich der Schulassistenten
nach § 112 SGB VIII in Form des fallabhängigen Poolmodells**



§ 1 Grundlagen

- (1) Der Leistungserbringer erbringt Leistungen im Bereich der Teilhabe an Bildung nach § 112 SGB IX im Sinne einer Schulassistenz in Form des fallabhängigen Poolmodells an der

Xxx Schule im Landkreis Leipzig.

- (2) Die Entscheidung, ob und welchen Personen eine Schulassistenz gewährt wird, wird durch das Jugendamt als Bewilligungsbehörde getroffen.
- (3) Voraussetzung für die Gewährung einer Schulassistenz ist ein Antrag auf Eingliederungshilfe der Personensorgeberechtigten oder des jungen Menschen selbst, insofern das 15. Lebensjahr erreicht wurde.
- (4) Eine Anerkennung der Hilfe als Leistung im Sinne des § 1 Absatz 1 dieses Vertrages erfolgt nur in den Fällen, in denen durch das Jugendamt entschieden wurde, dass die Hilfe zu gewähren ist.
- (5) Die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben obliegt auch weiterhin dem Jugendamt.

§ 2 Ziele des Fallabhängigen Poolmodells

- (1) Das Fallabhängige Poolmodell verfolgt im Vergleich zur gängigen Einzelschulbegleitung folgende Ziele:
- Förderung der Verselbständigung der Kinder,
 - Ablösung von der Schulassistenz und damit
 - Reduktion des durch die Schulassistenz begleiteten Stundenvolumens.
- (2) Sofern das Jugendamt während der unter § 3 Abs. 2 dieser Vereinbarung benannten Laufzeit neue Hilfen bewilligt, so versteht sich der Gedanke des Poolings so, dass diese Schulassistenzen ohne weitere Erhöhung des Betreuungsumfangs in das Pooling zu integrieren sind.

§ 3 Leistungsumfang

- (1) Die Leistung nach § 1 Abs. 1 dieser Vereinbarung ist ausschließlich an den 195 Schultagen zu erbringen und bezieht sich auf die gängige Unterrichtszeit.
- (2) Bei der Ermittlung des zu erbringenden Betreuungsumfangs in VzÄ wurden folgende Sachverhalte berücksichtigt:
- die Anzahl der im Poolmodell zu begleitenden jungen Menschen,
 - die individuellen Betreuungsbedarfe der jungen Menschen,



- die Stundenvolumina in Abhängigkeit von der Schulform abzüglich
- der regelmäßigen, krankheitsbedingten Ausfälle der jungen Menschen.

Für den Zeitraum von ... bis ... wurde der Leistungsumfang mit xxx VzÄ durch das Jugendamt festgelegt.

Dieser verteilen sich auf

**xxx Fachkräfte und
xxx Assistenzkräfte.**

- (3) Mit welcher Anzahl Personen diese VzÄ-Schulassistenzen umgesetzt wird, liegt in der Entscheidung des Leistungserbringers. Es empfiehlt sich ein Beschäftigungsumfang von 0,5 bis 0,75 VzÄ je Person.
- (4) Die Aufgaben der unter § 3 Abs. 2 ausgewiesenen VzÄ-Schulassistenten umfassen neben der Begleitung der jungen Menschen folgende Nebentätigkeiten:
- Erstellung einer täglichen Dokumentation,
 - Teilnahme an den Dienstberatungen,
 - Teilnahme an Fallberatungen,
 - Zuarbeiten und Mitwirkung bei Elterngesprächen sowie
 - Evaluation, Erstellung von Entwicklungsberichten.
- (5) Um die Schulassistenten auch im Falle von krankheitsbedingten Personalausfällen auf Seiten des Leistungserbringers gewährleisten zu können, wurde im Umgang von xx Krankentagen je VzÄ ein Springer berücksichtigt. Bezogen auf den Gesamteinsatz an Schulassistenten lt. § 3 Abs. 2 dieser Vereinbarung ergeben sich

Xxx VzÄ Springer.

Fallen dem Leistungserbringer gleichzeitig so viele Personale aus, dass dies über den berücksichtigten Springer rein in der Verteilung auf Personen nicht abgedeckt werden kann, dann ist unverzüglich das Jugendamt zu informieren.

- (6) Der Leistungserbringer stellt zudem einen Koordinator. Der Koordinator ist vor Ort an der Schule und übernimmt folgende Aufgaben:
- Erstellung der Monatsdokumentationen je Kind,
 - Leitung der Dienstberatungen (inkl. Vorbereitung),
 - Leitung der Fallberatungen (inkl. Vorbereitung),
 - Teilnahme an den Dienstberatungen der Lehrer,
 - Tägliche Koordination der Personale und Tagesvorbereitung,
 - Organisation von Krankheitsvertretungen,
 - Gespräche mit der Schulleitung und dem Jugendamt,
 - Erstellung der jährlichen Entwicklungsberichte für die jungen Menschen,
 - Durchführung der Elterngespräche (inkl. Vorbereitung),
 - Evaluation der Förderziele,
 - Jährliche Hilfeplangespräche (inkl. Vorbereitung).



Bezogen auf den Umfang der o.g. Aufgaben und in Abhängigkeit der zu begleitenden jungen Menschen ergibt sich ein Umfang von:

Xxx VzÄ Koordinator.

- (7) Der Auftrag des Leistungserbringers im Rahmen des Poolings ist es außerdem, auch die jungen Menschen im Blick zu behalten, bei denen sich die Notwendigkeit einer Schulassistenz abzeichnet. Der Leistungsanbieter hat darauf hinzuwirken, weitere, neue Beantragungen abzuwenden. Hierfür sollen freie zeitliche Potenziale genutzt werden, die im Rahmen der bereits bewilligten Schulassistenzen im Schulalltag entstehen.
- (8) Kommt es im Laufe des Schuljahres dennoch zur Beantragung von neuen Schulbegleitungen, so erfolgt die Eingliederung in das Pooling unter Berücksichtigung der bereits laufenden Hilfen in gemeinsamer Absprache zwischen Jugendamt und Leistungserbringer.

§ 4 Finanzierung

- (1) Die Leistungserbringung hat unter der Maßgabe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erfolgen.
- (2) Auf Basis der Grundlagen gemäß § 1 dieser Vereinbarung :

Xxxx EUR je Schultag

- (3) Der Leistungserbringer stellt die Gesamtkosten für alle Schultage eines Monats bis zum 15. des Folgemonats beim Jugendamt in Rechnung.

Die Rechnungen sind auf den Namen des jungen Menschen im fallabhängigen Poolmodell auszustellen. Die jeweiligen Schultage im Monat sind auszuweisen.

Der unter § 4 Abs. 2 benannte Festbetrag je Schultag ist in gleichen Teilen auf die im fallabhängigen Poolmodell begleiteten jungen Menschen aufzuteilen.

- (4) Bei zeitgemäßen Rechnungseingang gemäß § 4 Abs. 3 dieser Vereinbarung vergütet das Jugendamt die eingereichten Rechnungen in einer regelmäßigen Bearbeitungszeit von ca. 4 Wochen.

§ 5 Leistungsdokumentation und Qualitätssicherung

- (1) Da im Fallabhängigen Poolmodell die jeweilige Einzelfallhilfe in der Umsetzung nicht so stark im Vordergrund steht, wie bei der Einzelschulbegleitung, die Informationen zum Einzelfall für das Jugendamt als Bewilligungsbehörde jedoch erforderlich sind, um den Bedarfen der jungen Menschen gut entsprechen zu können, ist es erforderlich, die Regeln und Bestandteile des gegenseitigen Austauschs nachfolgend festzulegen.



- (2) Grundlegend ist anzuführen, alle Sachverhalte, welche die Inhalte dieser Vereinbarung betreffen, vorrangig und ausschließlich mit dem Jugendamt zu besprechen und gemeinsam mit dem Jugendamt zu entscheiden sind. Nicht immer werden die Interessen von Jugendamt und Schule dabei gleichlautend sein. Es ist daher wichtig, dass der sich der Leistungserbringer eine gleichwohl kooperative, aber auch fachlich klar abgegrenzte Kooperation mit der Schule erhält.

Für die Zusammenarbeit mit der Schule wird das Jugendamt eine gesonderte Kooperationsvereinbarung abschließen und dem Leistungserbringer zu Kenntnis geben.

- (3) Der Leistungserbringer übersendet monatlich eine Dokumentation zu den einzelnen jungen Menschen an das Jugendamt. Inhalt dieser Dokumentation sind mindestens:

- Anzahl der wöchentlich begleiteten Stunden
- Krankheitsbedingte oder sonstige Abwesenheitstage des jungen Menschen,
- Besonderheiten in der Entwicklung des jungen Menschen,
- Stattgefundene Gespräche mit den Eltern oder Lehrern zum Einzelfall und die darin getroffenen, wesentlichen Festlegungen.

Hierfür stellt das Jugendamt dem Leistungsanbieter ein Formular zur Verfügung, welches monatlich zum Zeitpunkt der Rechnungslegung an das Jugendamt zu übermitteln ist.

- (4) Der Leistungserbringer übersendet regelmäßig und unaufgefordert:

- die Protokolle der Fallberatungen,
- die Protokolle zu den Elterngesprächen.

Zudem ist das Jugendamt halbjährlich über die Terminierung der Elterngespräche zu informieren.

- (5) Die Evaluation der Förderziele für das abgeschlossene Schuljahr ist regelmäßig in der xxx Ferienwoche der Sommerferien beim Jugendamt einzureichen. Dabei ist insbesondere auf die bereits erreichten Ziele der Ablösung des jungen Menschen von der Schullassistentin einzugehen und eine klare Empfehlung für das kommende Schuljahr zu treffen.

- (6) Alle benannten Dokumente sind anonymisiert, d.h. unter Verwendung des Aktenzeichens des Jugendamts elektronisch zu übersenden an xxx.



§ 6 Laufzeit und Kündigung

- (1) Die Vereinbarung tritt zum xxx in Kraft und endet zum Beginn der Herbstferien des Schuljahres xxx.
- (2) Alle Änderungen, die sich nach dem Inkrafttreten der Vereinbarung in der Sphäre des Leistungserbringers ergeben und sich auf die Vereinbarung auswirken können, sind dem Jugendamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (3) Das Recht zur fristlosen Kündigung bleibt hiervon unberührt. Eine fristlose Kündigung kann insbesondere dann ausgesprochen werden, wenn durch den Leistungserbringer das Wohl der zu betreuenden Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen auf Dauer nicht gewährleistet ist, der vertraglich vorgesehene Zweck der Leistung nicht erreicht werden kann, der Leistungserbringer seine Tätigkeit einstellt oder ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Leistungserbringers eröffnet wird.

§ 7 Schlussbestimmungen

- (1) Der Vertrag besteht aus zwei gleichlautenden Ausfertigungen, von denen jede Vertragspartei eine erhält.
- (2) Sollte eine Klausel dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die unwirksame Klausel soll durch eine solche ersetzt werden, die dem Gewollten unter Beachtung der Zielsetzung des SGB IX am nächsten kommt.
- (3) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen.
- (4) Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

Borna,

für das Jugendamt

.....
(Unterschrift, Stempel)

.....
für den Leistungserbringer

.....
(Unterschrift, Stempel)